



NIEDERSCHRIFT
über die öffentliche

Gemeinderatssitzung

vom 23. September 2020
im Sitzungssaal des Rathauses Straßlach

Vorsitz:

1. Bürgermeister Hans Sienerth

Gremiumsmitglieder:

Bemerkung:

Florian Brunsch
Dr. Albert Geiger
Sabine Hüttenkofer
Prof. Dr. Dr. h.c. Reinhold Lang
Frank Ritter
Christina Salzberger
Leonhard Schlickerrieder
Dr. Helmut Schwarz
Dr. Oliver Seth
Matthias Spindler
Ina Steidle
Niko Stoßberger
Florian Zweckinger

Entschuldigt sind

Ralf Deterding
Peter Schneider
Dr. Charlotte von Padberg

Verwaltung

Silvia Glas
Franz Kurz
Richard Schmidt

Gäste

Münchner Merkur

Presse

Der Vorsitzende begrüßte die Anwesenden und eröffnete die Sitzung. Er stellte die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit nach Artikel 47 (2) GO fest.

Sitzungsdauer:

20:26 Uhr bis 22:08 Uhr

Tagesordnung öffentliche Sitzung

1. Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 22.07.2020
2. Bekanntgabe von Beschlüssen, die in nichtöffentlicher Sitzung gefasst wurden
3. Klimaschutzprogramm der Gemeinde Straßlach-Dingharting
 - 3.1 Aufstellung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes
 - 3.2 Einstellung eines Klimaschutzmanagers
4. Senkung des Primärenergieverbrauchs-faktors der Gemeinde für Strom- und Heizungsenergie - Antrag GR-Prof. Dr. Lang, GR-Dr. Schwarz, GR-Stoßberger, GR-Zweckinger
5. Schaffung eines Blühwiesenförderprogramms - Antrag GR-Prof. Dr. Lang, GR-Dr. Schwarz, GR-Stoßberger, GR-Zweckinger
6. Bebauungsplan "Talfeld-Nord" - Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen und Anregungen im Verfahren nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB, Billigungs- und Auslegungsbeschluss gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB
7. Baustoff Holz, Beschaffung ausschließlich aus der Umgebung - Antrag GR-Hüttenkofer, GR-Schlickenrieder, GR-Seth
8. Einbau einer Koaleszenzabscheideranlage, Neuerrichtung eines Waschplatzes und Erneuerung des Bodens in der Fahrzeughalle der Feuerwehr Großdingharting
9. Verkehrsrechtliche Anordnung: Stop-Schild an der Kreuzung Urbanweg Ecke Gleißentalstraße und Kreuzung Deisenhofner Straße Ecke Gleißentalstraße in Großdingharting
10. Mieterlass für ortsansässige Vereine - Antrag GR-Prof. Dr. Lang, GR-Dr. Schwarz, GR-Stoßberger, GR-Zweckinger
11. Kündigung Darlehenvertrag-Bürgerhaus von Seiten der ISD
12. Bekanntgaben des Vorsitzenden
13. Anfragen von Gemeinderatsmitgliedern

Um 19.00 Uhr vor Sitzungsbeginn bestand für die Bürger die Gelegenheit, Anfragen an die Verwaltung zu richten.

I. Öffentlicher Teil

1. Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 22.07.2020

Beschluss:

Es stand folgende Frage zur Abstimmung:

Das mit den Unterlagen zur heutigen Sitzung versandte Protokoll der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 22.07.2020 wird genehmigt.

Anwesend: 14 Stimmen für ja: 13 Stimmen für nein: 0

GR-Dr. Lang war während der Beratung und Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt im Sitzungssaal nicht anwesend.

2. Bekanntgabe von Beschlüssen, die in nichtöffentlicher Sitzung gefasst wurden

Der Vorsitzende gab keine Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung bekannt.

3. Klimaschutzprogramm der Gemeinde Straßlach-Dingharting

Beschluss:

Es stand folgende Frage zur Abstimmung:

Zur Erreichung der Klimaschutz- und CO₂-Reduktionsziele des Übereinkommens von Paris und der mit Beschluss vom 15.03.2017 ratifizierten Klimaschutzerklärung des Landkreises München gibt sich die Gemeinde ein Klimaschutzprogramm bestehend aus:

Der Beauftragung eines Energieberatungs-Instituts zur fachlichen Begleitung bei der

1. Einstellung eines Klimaschutzmanagers
2. Entwicklung eines integrierten Klimaschutzkonzepts über konkrete, messbare und terminierte Maßnahmen zur Erreichung der in Aussicht genommenen Ziele
3. Umsetzung der im Klimaschutzkonzept entwickelten Maßnahmen.

Anwesend: 14 Stimmen für ja: 14 Stimmen für nein: 0

3.1 Aufstellung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes

Beschluss:

Es stand folgende Frage zur Abstimmung:

Zur Umsetzung des Klimaschutzprogramms der Gemeinde stellt die Gemeinde in federführender Arbeit eines Klimaschutzmanagers und unter fachlicher Beratung und Ausschöpfung aller verfügbaren Fördermittel ein integriertes Klimaschutzkonzept auf. In ihm sollen sämtliche umwelt- und naturschutzpolitischen Maßnahmen in eine strukturierte Form gebracht werden. Es soll konkrete Projekte enthalten, mit deren Umsetzung sich die Gemeinde messbar und terminiert den gesteckten Klimazielen nachprüfbar nähern kann.

Das Klimaschutzkonzept soll sich als Leitfaden und Richtungsweiser verstehen, anhand dessen Projekte kurz-, mittel- und langfristig, möglicherweise weit über den Zeitraum einer Wahlperiode hinaus, orientieren können. Es soll ferner Handlungsauftrag für die politische Verantwortlichen von heute, aber auch von morgen und übermorgen sein.

Mindestinhalte des integrierten Klimaschutzkonzepts:

- Bestandsanalyse – wo stehen wir?
- Potentialanalyse – was ist bei uns möglich?
- Klimaschutzleitbild – unser Selbstverständnis für Klima- und Umweltfragen
- Klimaschutzziele konkretisieren
- Leitprojekte und konkrete Maßnahmen zur Zielerreichung entwickeln
- Strategien für die erfolgreiche Umsetzung der Projekte
- Controlling Konzept für Erfolgs- und Messindikatoren
- Szenarien- und Notfallplanung

Anwesend: 14 Stimmen für ja: 14 Stimmen für nein: 0

3.2 Einstellung eines Klimaschutzmanagers

Beschluss:

Es stand folgende Frage zur Abstimmung:

Der Bürgermeister wird beauftragt, zur Umsetzung und Erreichung der beabsichtigten Klimaschutzziele einen Klimaschutzmanager einzustellen. Dieser soll im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit (z.B. im Rahmen einer Zweckvereinbarung) mit der Gemeinde Schäftlarn mit je 20 Wochenstunden eingestellt werden. Voraussetzung für die Einstellung ist, dass die Stelle gefördert wird.

Anwesend: 14 Stimmen für ja: 14 Stimmen für nein: 0

4. **Senkung des Primärenergieverbrauchsfaktors der Gemeinde für Strom- und Heizungsenergie - Antrag GR-Prof. Dr. Lang, GR-Dr. Schwarz, GR-Stoßberger, GR-Zweckinger**

Beschluss:

Es stand folgende Frage zur Abstimmung:

Die Gemeinde zieht die Entwicklung eines Umsetzungskonzeptes für die Senkung des Primärenergieverbrauchsfaktors für Strom- und Heizungsenergie in der Gemeinde Straßlach-Dingharting gemäß dem Antrag vom 21.06.2020 grundsätzlich in Betracht.

Die Aufstellung dieses Konzeptes soll in das kommunale Klimaschutzprogramm der Gemeinde eingebettet werden. Das Konzept soll durch den Klimaschutzmanager auf Basis des vorliegenden Antrages ausgearbeitet und dem Gemeinderat erneut zur Beratung vorgelegt werden.

Anwesend: 14 Stimmen für ja: 14 Stimmen für nein: 0

5. **Schaffung eines Blühwiesenförderprogramms - Antrag GR-Prof. Dr. Lang, GR-Dr. Schwarz, GR-Stoßberger, GR-Zweckinger**

Beschluss:

Es stand folgende Frage zur Abstimmung:

Der Gemeinderat möge beschließen: Die Gemeinde Straßlach-Dingharting soll durch ein kommunales Förderprogramm von Blühwiesen in der Gemeinde fördern. Das Förderprogramm soll vorerst in den Planungen der kommunalen Haushalte 2021 – 2025 berücksichtigt werden

Zusätzlich schlagen wir, als kommunalen Eigenanteil der Blühwiesenförderung vor, den Blühstreifen der [REDACTED] (Baumbestandsfrei) zu einer Blühwiese umzuwandeln.

Anwesend: 14 Stimmen für ja: 5 Stimmen für nein: 9

6. **Bebauungsplan "Talfeld-Nord" - Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen und Anregungen im Verfahren nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB, Billigungs- und Auslegungsbeschluss gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB**

Beschluss:

Auf Geschäftsordnungsantrag des Vorsitzenden stand folgender Frage zur Abstimmung:

Über die Einzelpunkte zu diesem Tagesordnungspunkt soll gemeinsam abgestimmt werden.

Anwesend: 14 Stimmen für ja: 14 Stimmen für nein: 0

Beschluss:

Es stand folgende Frage zur Abstimmung:

1. Allgemeines

Auf die Auslegung wurde mit Bekanntmachung vom 07.02.2020 und 08.04.2020 hingewiesen. Gleichzeitig wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit Schreiben der Gemeinde Straßlach-Dingharting vom 10.02.2020 von der Auslegung benachrichtigt.

Im Rahmen der Anhörung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange sind von folgenden Beteiligten keine Stellungnahmen eingegangen:

- Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung
- Amt für ländliche Entwicklung Oberbayern
- Bayerischer Bauernverband
- Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege
- Bayerischer Waldbesitzerverband e.V.
- Bischöfliche Finanzkammer
- Bund Naturschutz in Bayern e.V.
- Bundesanstalt für Immobilienaufgaben
- Deutscher Gewerbeverband
- Evang. Luth. Dekanat Bad Tölz
- Evang. Luth. Pfarramt
- Gemeinde Baierbrunn
- Gemeinde Oberhaching
- Gemeinde Schäftlarn
- Infrastrukturgesellschaft Straßlach-Dingharting
- Katholisches Pfarramt
- Kreisjugendring München
- Landesamt für Finanzen
- Landesbund für Vogelschutz
- Landesverband des Bayerischen Einzelhandels e.V.
- Münchner Verkehrs- und Tarifverbund GmbH
- Polizeiinspektion Grünwald
- Regionalverkehr Oberbayern
- Verein Erholungsgebiete

Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass die oben genannten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange im Verfahren beteiligt wurden und keine Stellungnahmen abgaben.

Im Rahmen der Anhörung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wurde von folgenden Beteiligten keine Einwände vorgetragen:

- Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
- Bayerisches Landesamt für Umwelt
- Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr
- Energienetze Bayern GmbH & Co. KG
- Erzbischöfliches Ordinariat München
- Gemeinde Egling

- Gemeinde Grünwald
- Gemeinde Sauerlach
- Handelsverband Bayern e.V.
- Handwerkskammer für München und Oberbayern
- Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern
- Isartalverein e.V.
- Regionaler Planungsverband München
- Staatliches Bauamt Freising

Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass die oben genannten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange im Verfahren beteiligt wurden und schriftlich erklärten, dass keine Einwendungen vorgebracht werden.

Es stand folgende Frage zur Abstimmung:

2. Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange

Nachfolgende Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange wurden fristgerecht abgegeben:

2.1. Bayernwerk Netz GmbH, Kundencenter Taufkirchen, Schreiben vom 02.03.2020

Sachverhalt:

Es wird darauf hingewiesen, dass zur Versorgung des Plangebiets eine neue Trafostation notwendig wird und der Zugang und das Bedienumfeld von 20 m² jederzeit sicherzustellen ist.
Ansonsten keine weiteren Anregungen.

Abwägung des Gemeinderats:

Der Hinweis, dass eine neue Trafostation für das Plangebiet notwendig ist und der Zugang sicherzustellen ist, wird vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

Beschlussvorschlag:

Die Hinweise der Bayernwerk Netz GmbH mit Schreiben vom 02.03.2020 werden zur Kenntnis genommen. Eine Änderung der Planung ist nicht veranlasst.

2.2. Stellungnahme des Landratsamtes München, Sachgebiet Bauen vom 24.04.2020

Sachverhalt:

1. Der vorliegende Bebauungsplanentwurf entwickelt sich nicht aus dem rechtsgültigen Flächennutzungsplan der Gemeinde. Es wird darauf hingewiesen, dass bei der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans die Darstellungen angepasst werden müssen.
2. Es liegt eine Überlagerung des Planentwurfs mit dem rechtskräftigen Bebauungsplan „Großdingharting“ im Bereich der öffentlichen Verkehrsflächen vor. Um Klarstellung wird gebeten.
3. Es wird gebeten, die Erschließung des Plangebiets grundsätzlich zu überdenken und eine einhüftige Erschließung anzustreben. Auf die nördliche Straßenfläche kann verzichtet werden. Die Lage der Hauptbaukörper und die Lage der Garagen lässt eine Realisierung von südlichen Gartenflächen nicht zu. Eine Realisierung in mehreren Bauabschnitten ist auch mit nur einer Erschließungsstraße möglich.
4. Ziffer A) 3.1: Im Bebauungsplan ist entweder eine max. zulässige Grundfläche gemäß § 19 Abs. 2 BauNVO anzugeben oder eine maximal zulässige Grundflächenzahl gemäß § 19 Abs. 2 BauNVO. Der Widerspruch lässt sich nicht auflösen und eine Kombination beider Festsetzungen führt zur Unwirksamkeit aller Festsetzungen zum Maß der baulichen Nutzung.
5. Absatz 1: Ziffer A) 3.5: Als unterer Bezugspunkt für die Wandhöhe wird die Oberkante Fertigfußboden festgesetzt. Dieser Bezugspunkt ist nicht für die Festsetzung der zulässigen Wandhöhe geeignet. Es wird empfohlen für jeden Bauraum differenziert für Einzelhaus- bzw. Doppelhausbebauung die Bezugspunkte für die Wandhöhe in Form von NN-Koten festzusetzen.
Absatz 2: Ziffer A) 3.5, Satz 2: Es werden Regelungen zur Wandhöhe unter anderem von Reihenhäusern getroffen. Vorgesehen sind nur Einzel- und Doppelhäuser.
Absatz 3: Ziffer A) 3.5, Satz 3: Gemäß Bebauungsplan gilt die zulässige Wandhöhe nicht für Dachaufbauten. Nach der gemeindlichen Ortsgestaltungssatzung sind nur Gauben zulässig, die in der Regel keine eigene Wandhöhe erzeugen. Sollten Zwerchgiebel zulässig sein, sind entsprechende Festsetzungen zu ergänzen.
6. Aus der Begründung Seite 3, Ziffer 4.1 geht hervor, dass im Plangebiet ausschließlich Einzel- und Doppelhäuser zulässig sein sollen. Dies ist eindeutig festzusetzen.
7. Absatz 1: Die Garagenbauräume der Parzellen 3,4,7,8,10,20 und 23 sollen an den Schmalseiten angefahren werden und es sind nur zwei Stellplätze realisierbar bei Gebäudelängen von bis zu 8,50 Meter. Es wird gebeten, gemäß Ziffer A) 5.1 Nebenräume zu integrieren.
Absatz 2: Für die Bauparzellen 20 und 21 sind Flächen für Garagen und Carports auf eigenen Grundstücken geplant. Es ist eine Zuordnung je Parzelle festzusetzen, da Gemeinschaftsanlagen nur für bestimmte räumliche Bereiche festgesetzt werden können.
Absatz 3: Bei Bauparzelle 12 kann kein durchgängiger Stauraum von fünf Metern eingehalten werden.
Absatz 4: Die geringen Abstände der Garagenbauräume zu den Grundstücksgrenzen (öffentlicher Straßenraum) führt zu nicht nutzbaren und schlecht zu pflegenden Flächen. Um Überprüfung wird gebeten.

8. Im Westen der Erschließungsstraße im Bereich der Parzellen 1 und 23 muss ein Wendehammer für Rettungs- und Müllfahrzeuge vorgesehen werden. Alternativ könnte die öffentliche Straßenverkehrsfläche im Westen erweitert werden. Bei der geplanten Fahrbahnbreite von 4,50 Metern soll die Nutzbarkeit durch die Ermittlung von Schleppkurven für Müll- und Rettungsfahrzeuge nachgewiesen werden. Es wird um Prüfung gebeten, ob die Festsetzung von Straßenbegleitgrün und öffentlichen Stellplätzen wie geplant sinnvoll ist.

9. Die Straßenbegrenzungslinie wird teilweise durch die Grenze des räumlichen Geltungsbereichs überdeckt. Um rechteindeutige Darstellung wird gebeten.

10. Für die mit Planzeichen A) 7.1 festgesetzte öffentliche Grünfläche werden keine Pflanz- und Pflegemaßnahmen festgesetzt. Um Überprüfung wird gebeten.

11. Je angefangene 400 m² Grundstücksfläche ist gemäß Ziffer A) 7.4 unter anderem ein Baum zu pflanzen. Bauparzelle 20 ist kleiner als 400 m². Um Überprüfung der Festsetzung mit geforderten Bäumen wird gebeten.

12. Da der Bebauungsplan die Tiefe der Abstandsflächen regelt, sind die Abstände zwischen den Bauräumen und zu den relevanten Straßenbegrenzungslinien zu vermaßen.

13. Die durch das Plangebiet laufenden Grundstücksgrenzen sind als aufzuheben zu kennzeichnen.

14. Es wird gebeten zu prüfen, ob die Zufahrten verbindlich festgesetzt werden sollen. Im Augenblick hat das Planzeichen nur Hinweischarakter (Hinweis B) 4).

15. Im Bebauungsplan wird unter Punkt C) auf die Ortsgestaltungssatzung hingewiesen. Hier sollte noch auf die Stellplatzsatzung hingewiesen werden.

16. Hinweis: Die Satzung besteht aus mehreren Teilen und muss urkundengerecht miteinander verbunden werden. Um Ergänzung der Verfahrensvermerke wird gebeten.

17. Nach den Unterlagen wurde der Flächennutzungsplan im Bereich Großdingharting 1998 geändert. Um Prüfung der Erläuterungen in der Begründung wird gebeten.

18. Auf Seite drei, Ziffer 4.1, der Begründung muss es richtig „nach § 4 Abs. 3 Nr. 1 bis 5 BauNVO“ lauten.

Abwägung des Gemeinderats:

zu 1.: Die Darstellung wird in den Planunterlagen zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes angepasst.

zu 2.: Unter Festsetzung 1 wird folgender Passus ergänzt: „Innerhalb des Geltungsbereiches ersetzt der Bebauungsplan „Talfeld-Nord“, Großdingharting den seit 11.07.1997 rechtskräftigen Bebauungsplan „Großdingharting“.

zu 3.: Unter anderem aufgrund der beabsichtigten abschnittswisen Realisierung hält die Gemeinde an der nördlichen Straßenverkehrsfläche, welche im Gesamtkonzept verankert ist, fest.

Wie in der Begründung dargelegt, sollen durch Stellung der Hauptbaukörper sowie durch Abrücken der Nebengebäude von den Hauptgebäuden traditionelle Strukturen des ländlichen Raums aufgegriffen und neben einer hohen städtebaulichen Qualität eine hohe Wohnqualität erzielt werden, indem die Raumbelichtung optimiert ist. Die Dimensionierung von Haupt- und Nebengebäuden ist funktions- bzw. proportionsgerecht, die Bildung von differenzierten und lebendigen Hof- und

Straßenräumen wird auch durch die im Bebauungsplan verankerte Stellung der Hauptgebäude und Garagen/Nebengebäude gewährleistet. Zudem sind die Flächen für Garagen so dimensioniert, dass in diese ein Geräteschuppen integriert werden kann. Dadurch wird der Errichtung von städtebaulich regelmäßig störend wirkenden Baumarkt-Holzgartenhäuschen entgegengewirkt. Die Festsetzung 5.1 wird entsprechend ergänzt: „Umgrenzung von Flächen für Garagen und Carports und Nebengebäude. Außerhalb dieser Flächen sind Garagen und Carports unzulässig.“

zu 4.: Die Festsetzung zur maximal überbaubaren Grundfläche (Festsetzung 3.1) wird gestrichen.

zu 5.:

zu Absatz 1: Eine vermessungstechnische Bestandsaufnahme wird durchgeführt. Das Ergebnis in Form von Höhenschichtlinien in m üNN wird als Hinweis in den Bebauungsplan aufgenommen. Zugleich wird folgende Festsetzung zur Höhenlage ergänzt: „Die Oberkante des Fertigfußbodens darf maximal 20 cm über der Fahrbahndecke der öffentlichen Verkehrsfläche liegen, gemessen jeweils in Verlängerung der mittigen Gebäudeachse.“

zu Absatz 2: Die Korrektur wird vorgenommen, die Bezugnahme auf Reihenhäuser wird gestrichen.

zu Absatz 3: Der Satz 3 der Festsetzung 3.5. „Die festgesetzte maximal zulässige Wandhöhe gilt nicht für Dachaufbauten“ wird gestrichen, da keine Zwerchgiebel o. ä., welche ggf. zu einer Überschreitung der festgesetzten Wandhöhe führen könnten, beabsichtigt sind.

zu 6.: Die Festsetzung 4.1, in welcher bereits festgesetzt ist, dass Einzelhäuser und Doppelhäuser zulässig sind, wird folgendermaßen ergänzt: „Als Haustypen sind ausschließlich Einzelhäuser und Doppelhäuser zulässig.“

zu 7.:

zu Absatz 1: Die Festsetzung 5.1 wird dahingehend ergänzt, dass innerhalb der gekennzeichneten Flächen auch Nebengebäude zulässig sind.

zu Absatz 2: Eine Zuordnung zu den Bauparzellen wird nicht für erforderlich erachtet, zumal es sich bei der Grundstücksteilung nur um Vorschläge handelt, welche als Hinweise in den Bebauungsplan aufgenommen sind.

zu Absatz 3: Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Der Garagenraum bei Parzelle 12 [neu: Parzelle 1] wird dergestalt versetzt, dass zur Straße ein Mindestabstand von 5 m eingehalten wird.

zu Absatz 4: Die Garagenräume wurden bewusst z. T. von den Grundstücksgrenzen abgesetzt, um differenzierte und lebendige Hof- und Straßenräume zu ermöglichen. Der Abstand von den Garagenräumen zu der Verkehrsfläche dient zudem einem optisch geweiteten, öffentlichen Straßenraum und Ortsbild.

zu 8.: Das verkehrliche Erschließungskonzept wird auf den südöstlichen Planbereich, welcher zuerst realisiert werden soll, angepasst. Bei der Ausgestaltung der Wendeanlage werden die Schleppkurven von Müll- und Rettungsfahrzeugen berücksichtigt.

zu 9.: An den Stellen, an welchen die Verkehrsfläche direkt an den Geltungsbereich anschließt, kann auf die Festsetzung der Straßenbegrenzungslinie verzichtet werden, in der Folge wird sie an diesen Stellen entfernt. Dort, wo sich die Straßenbegrenzungslinie mit öffentlichen Grünflächen, Baumpflanzungssymbolen und Zufahrtssymbolen überlagert, wird sie über diese Symbole gelegt, damit sie eindeutig erkennbar ist.

zu 10.: Die öffentliche Grünfläche gemäß Festsetzung 7.1 liegt außerhalb des Planbereiches, welcher zuerst realisiert werden soll. Daher wird im Zuge des weiteren Verfahrens diese Festsetzung gestrichen. Im Rahmen der Realisierung des nördlichen Teilbereiches, wird die Festsetzung „Öffentliche Grünfläche (Gebietseingrünung)“ folgendermaßen ergänzt: „Die Fläche ist mit standortgerechten, heimischen Gehölzen zu bepflanzen.“

zu 11.:

zu Absatz 1: Die Festsetzung 7.4 wird folgendermaßen angepasst: „Je angefangener 400 350 m² Grundstücksfläche sind auf den nicht überbauten Flächen mindestens ein Baum und ein Strauch zu pflanzen. [...]“

zu Absatz 2: An der bisherigen, unter 7.4 verankerten Festsetzung, dass eine Anrechnung der durch Planzeichen festgesetzten zu pflanzenden Einzelbäume nicht zulässig ist, wird festgehalten, um eine qualitätsvolle Durchgrünung sicherzustellen.

zu 12.: Die Abstände zwischen den Bauräumen und die Abstände zu den relevanten Straßenbegrenzungslinien werden ergänzt.

zu 13.: Die aufzuhebende Grundstücksgrenze wird als Hinweis gekennzeichnet.

zu 14.: Eine Festsetzung der Zufahrten ist nicht beabsichtigt.

zu 15.: Unter C) Nachrichtliche Übernahmen wird folgender Passus ergänzt: „Die Satzung für die Herstellung von Stellplätzen der Gemeinde Straßlach-Dingharting vom 03.04.2009 ist in allen Punkten, die in diesem Bebauungsplan nicht durch Festsetzungen speziell geregelt sind, zu beachten.“

zu 16.: Nach Abschluss des Verfahrens werden die Satzungsteile urkundengerecht miteinander verbunden.

zu 17.: Die Korrektur wird vorgenommen.

zu 18.: Die Korrektur wird vorgenommen.

Beschlussvorschlag:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und den Anregungen in folgender Weise Rechnung getragen:

- Die Darstellung des Bebauungsplans wird in den Planunterlagen zur Neuauflistung des Flächennutzungsplanes angepasst.
- Unter Festsetzung 1 wird folgender Passus ergänzt: „Innerhalb des Geltungsbereiches ersetzt der Bebauungsplan „Talfeld-Nord“, Großdingharting den seit 11.07.1997 rechtskräftigen Bebauungsplan „Großdingharting“.

- Unter anderem aufgrund der beabsichtigten abschnittsweisen Realisierung hält die Gemeinde an der nördlichen Straßenverkehrsfläche, welche im Gesamtkonzept verankert ist, fest. Wie in der Begründung dargelegt, sollen durch Stellung der Hauptbaukörper sowie durch Abrücken der Nebengebäude von den Hauptgebäuden traditionelle Strukturen des ländlichen Raums aufgegriffen und neben einer hohen städtebaulichen Qualität eine hohe Wohnqualität erzielt werden, indem die Raumbelichtung optimiert ist. Die Dimensionierung von Haupt- und Nebengebäuden ist funktions- bzw. proportionsgerecht, die Bildung von differenzierten und lebendigen Hof- und Straßenräumen wird auch durch die im Bebauungsplan verankerte Stellung der Hauptgebäude und Garagen/Nebengebäude gewährleistet. Zudem sind die Flächen für Garagen so dimensioniert, dass in diese ein Geräteschuppen integriert werden kann. Dadurch wird der Errichtung von städtebaulich regelmäßig störend wirkenden Baumarkt-Holzgartenhäuschen entgegengewirkt. Die Festsetzung 5.1 wird entsprechend ergänzt: „Umgrenzung von Flächen für Garagen und Carports und Nebengebäude. Außerhalb dieser Flächen sind Garagen und Carports unzulässig.“
- Die Festsetzung zur maximal überbaubaren Grundfläche (Festsetzung 3.1) wird gestrichen.
- Eine vermessungstechnische Bestandsaufnahme für das Plangebiet wird durchgeführt. Das Ergebnis in Form von Höhenschichtlinien in Normal Null wird als Hinweis in den Bebauungsplan aufgenommen. Zugleich wird folgende Festsetzung zur Höhenlage ergänzt: „Die Oberkante des Fertigfußbodens darf maximal 20 cm über der Fahrbahndecke der öffentlichen Verkehrsfläche liegen, gemessen jeweils in Verlängerung der mittigen Gebäudeachse.“
- Die Korrektur in Satz 2 der Festsetzung A) 3.5 wird vorgenommen, die Bezugnahme auf Reihenhäuser wird gestrichen.
- Der Satz 3 der Festsetzung A) 3.5. „Die festgesetzte maximal zulässige Wandhöhe gilt nicht für Dachaufbauten“ wird gestrichen, da keine Zwerchgiebel o. ä., welche ggf. zu einer Überschreitung der festgesetzten Wandhöhe führen könnten, beabsichtigt sind.
- Die Festsetzung 4.1, in welcher bereits festgesetzt ist, dass Einzelhäuser und Doppelhäuser zulässig sind, wird folgendermaßen ergänzt: „Als Haustypen sind ausschließlich Einzelhäuser und Doppelhäuser zulässig.“
- Die Festsetzung 5.1 wird dahingehend ergänzt, dass innerhalb der gekennzeichneten Flächen für Garagen auch Nebengebäude zulässig sind.
- Eine Zuordnung der Garagenbauräume zu den Bauparzellen 20 und 21 wird nicht für erforderlich erachtet, zumal es sich bei der Grundstücksteilung nur um Vorschläge handelt, welche als Hinweise in den Bebauungsplan aufgenommen sind.
- Der Hinweis zu dem Stauraum vor der Garage wird zur Kenntnis genommen. Der Garagenraum bei Parzelle 12 [neu: Parzelle 1] wird dergestalt versetzt, dass zur Straße ein Mindestabstand von 5 m eingehalten wird.

- Die Garagenräume wurden bewusst z. T. von den Grundstücksgrenzen abgesetzt, um differenzierte und lebendige Hof- und Straßenräume zu ermöglichen. Der Abstand von den Garagenräumen zu der Verkehrsfläche dient zudem einem optisch erweiterten, öffentlichen Straßenraum und Ortsbild.
- Das verkehrliche Erschließungskonzept wird auf den südöstlichen Planbereich, welcher zuerst realisiert werden soll, angepasst. Bei der Ausgestaltung der Wendeanlage werden die Schleppkurven von Müll- und Rettungsfahrzeugen berücksichtigt.
- An den Stellen, an welchen die Verkehrsfläche direkt an den Geltungsbereich anschließt, kann auf die Festsetzung der Straßenbegrenzungslinie verzichtet werden, in der Folge wird sie an diesen Stellen entfernt. Dort, wo sich die Straßenbegrenzungslinie mit öffentlichen Grünflächen, Baumpflanzungssymbolen und Zufahrtssymbolen überlagert, wird sie über diese Symbole gelegt, damit sie eindeutig erkennbar ist.
- Die öffentliche Grünfläche gemäß Festsetzung 7.1 liegt außerhalb des Planbereiches, welcher zuerst realisiert werden soll. Daher wird im Zuge des weiteren Verfahrens diese Festsetzung gestrichen. Im Rahmen der Realisierung des nördlichen Teilbereiches, wird die Festsetzung „Öffentliche Grünfläche (Gebietseingrünung)“ folgendermaßen ergänzt: „Die Fläche ist mit standortgerechten, heimischen Gehölzen zu bepflanzen.“
- Die Festsetzung 7.4 wird folgendermaßen angepasst: „Je angefangener 400 350 m² Grundstücksfläche sind auf den nicht überbauten Flächen mindestens ein Baum und ein Strauch zu pflanzen. [...]“
- An der bisherigen, unter Ziffer 7.4 verankerten Festsetzung, dass eine Anrechnung der durch Planzeichen festgesetzten zu pflanzenden Einzelbäume nicht zulässig ist, wird festgehalten, um eine qualitätsvolle Durchgrünung sicherzustellen.
- Die Abstände zwischen den Bauräumen und die Abstände zu den relevanten Straßenbegrenzungslinien werden ergänzt.
- Die aufzuhebende Grundstücksgrenze wird als Hinweis gekennzeichnet.
- Eine Festsetzung der Zufahrten ist nicht beabsichtigt.
- Unter C) Nachrichtliche Übernahmen wird folgender Passus ergänzt: „Die Satzung für die Herstellung von Stellplätzen der Gemeinde Straßlach-Dingharting vom 03.04.2009 ist in allen Punkten, die in diesem Bebauungsplan nicht durch Festsetzungen speziell geregelt sind, zu beachten.“
- Nach Abschluss des Verfahrens werden die Satzungsteile urkundengerecht miteinander verbunden.
- Die Korrektur hinsichtlich der Änderung des Flächennutzungsplans im Bereich Großdingharting wird vorgenommen.
- Die Korrektur in der Begründung hinsichtlich Ziffer 4.1 in Bezug auf die Baunutzungsverordnung wird vorgenommen.

2.3. Stellungnahme des Landratsamtes München, Fachstelle Grünordnung vom 04.03.2020

Sachverhalt:

Zu Ziffer A 7.1 wird angemerkt, hier ein Pflanzschema mit heimischen Gehölzen festzulegen, auf Beispiele der unteren Naturschutzbehörde wird hingewiesen. Um eine Ergänzung hinsichtlich der Angaben für einen spartenfreien Wurzelraum bei Baumpflanzungen wird gebeten. Für eine gesunde Entwicklung, Langlebigkeit und wenig Pflegeaufwand wird folgendes Gesamtvolumen des durchwurzelbaren Raums empfohlen:

- Bäume I. Ordnung (Großbäume über 20 Meter Höhe): 29 – 36 m³
- Bäume II. Ordnung (mittelgroße Bäume mit 10 -20 Meter Höhe): 21 – 28 m³
- Bäume III. Ordnung (Kleinbäume bis 10 Meter Höhe): 13 – 20 m³
- Obstbäume: 13 – 18 m³

Abwägung des Gemeinderats:

zu Absatz 1: Die öffentliche Grünfläche gemäß Festsetzung 7.1 liegt außerhalb des Planbereiches, welcher zuerst realisiert werden soll. Daher wird im Zuge des weiteren Verfahrens diese Festsetzung gestrichen. Im Rahmen der Realisierung des nördlichen Teilbereiches, wird die Festsetzung „Öffentliche Grünfläche (Gebietseingrünung)“ folgendermaßen ergänzt: „Die Fläche ist mit standortgerechten, heimischen Gehölzen zu bepflanzen.“

zu Absatz 2.: Es wird folgender Hinweis aufgenommen:

„Für eine gesunde Entwicklung, Langlebigkeit und wenig Pflegeaufwand sind bei Baumneupflanzungen folgende Gesamtvolumen für den durchwurzelbaren Raum zu empfehlen:

- Bäume I. Ordnung (Großbäume über 20 m Höhe): 29 – 36 m³
- Bäume II. Ordnung (mittelgroße Bäume 10-20 m Höhe): 21 – 28 m³
- Bäume III. Ordnung (Kleinbäume bis 10 m Höhe): 13 – 20 m³
- Obstbäume: 13 – 18 m³“

Beschlussvorschlag:

Die öffentliche Grünfläche gemäß Festsetzung 7.1 liegt außerhalb des Planbereiches, welcher zuerst realisiert werden soll. Daher wird im Zuge des weiteren Verfahrens diese Festsetzung gestrichen. Im Rahmen der Realisierung des nördlichen Teilbereiches wird die Festsetzung „Öffentliche Grünfläche (Gebietseingrünung)“ folgendermaßen ergänzt: „Die Fläche ist mit standortgerechten, heimischen Gehölzen zu bepflanzen.“

Es wird folgender Hinweis aufgenommen:

„Für eine gesunde Entwicklung, Langlebigkeit und wenig Pflegeaufwand sind bei Baumneupflanzungen folgende Gesamtvolumen für den durchwurzelbaren Raum zu empfehlen:

- Bäume I. Ordnung (Großbäume über 20 m Höhe): 29 – 36 m³
- Bäume II. Ordnung (mittelgroße Bäume 10-20 m Höhe): 21 – 28 m³
- Bäume III. Ordnung (Kleinbäume bis 10 m Höhe): 13 – 20 m³
- Obstbäume: 13 – 18 m³“

2.4 Stellungnahme Deutsche Telekom Technik, Schreiben vom 20.03.2020

Sachverhalt:

Durch die Planung werden die Belange der Telekom zurzeit nicht berührt. Bei Planungsänderungen wird um eine erneute Beteiligung gebeten. Die Verlegung neuer Telekommunikationslinien zur Versorgung des Planbereichs mit Telekommunikationsinfrastruktur bleibt einer Prüfung vorbehalten.

Abwägung des Gemeinderats:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen der Bauausführung berücksichtigt.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat nimmt die Hinweise zur Kenntnis. Die Hinweise werden vor und bei der Bauausführung berücksichtigt.

2.5 Stellungnahme der Regierung von Oberbayern, Schreiben vom 18.03.2020

Sachverhalt:

In Großdingharting sollen die bauleitplanerischen Voraussetzungen für die Errichtung von Einzel- und Doppelhäusern geschaffen werden. Bei der Ausweisung von Bauflächen ist den Erfordernissen des Flächensparens gemäß dem Landesplanungsgesetz, dem Landesentwicklungsprogramm sowie dem Regionalplan München Rechnung zu tragen. Dabei sind in Siedlungsgebieten vorhandene Potentiale der Innenentwicklung möglichst vorrangig zu nutzen. Darüber hinaus wird auf die Flächensparoffensive der Bayerischen Staatsregierung und deren Auslegungshilfe, die bei der Bedarfsermittlung neuer Siedlungsgebiete heranzuziehen ist, hingewiesen. Es wird gebeten, auch kompaktere Siedlungs- und Erschließungsformen in Erwägung zu ziehen.

Das geplante Baugebiet wird im Grundsatz landesplanerisch als raumverträglich bewertet.

Abwägung des Gemeinderats:

Dass bei der Bereitstellung von Wohnraum die Innenentwicklung Vorrang vor der Inanspruchnahme von Außenbereichsflächen hat, ist der Gemeinde bewusst, jedoch stehen im Gemeindebereich Großdingharting keine alternativen Flächen zur Umsetzung des angestrebten Konzeptes zur Verfügung.

Die Flächen wurden bereits bei der Ausarbeitung des Ortsentwicklungskonzepts der Gemeinde in Betracht gezogen und sind in dem Konzept zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplans enthalten.

Dass die angestrebte Bauleitplanung landesplanerisch als grundsätzlich raumverträglich bewertet wird, wird zur Kenntnis genommen. Alternative Gestaltungsmöglichkeiten mit kompakteren Siedlungs- und Erschließungsformen würden den bestehenden Bedürfnissen der ortsansässigen Bauwerber, insbesondere der Familien nicht gerecht. Zudem widersprächen sie dem Maß der baulichen Nutzung der umliegenden Wohnbebauung und somit dem planerischen Ziel der Gemeinde, den Charakter und die Eigenart von Großdingharting zu erhalten.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass die angestrebte Bauleitplanung landesplanerisch als grundsätzlich raumverträglich bewertet wird.

Dass bei der Bereitstellung von Wohnraum die Innenentwicklung Vorrang vor der Inanspruchnahme von Außenbereichsflächen hat, ist der Gemeinde bewusst, jedoch stehen im Gemeindebereich Großdingharting keine alternativen Flächen zur Umsetzung des angestrebten Konzeptes zur Verfügung.

Die Flächen wurden bereits bei der Ausarbeitung des Ortsentwicklungskonzeptes der Gemeinde in Betracht gezogen und sind in dem Konzept zur Neuauflistung des Flächennutzungsplans enthalten.

Alternative Gestaltungsmöglichkeiten mit kompakteren Siedlungs- und Erschließungsformen würden den bestehenden Bedürfnissen der ortsansässigen Bauwerber, insbesondere der Familien nicht gerecht. Zudem widersprechen sie dem Maß der baulichen Nutzung der umliegenden Wohnbebauung und somit dem planerischen Ziel der Gemeinde, den Charakter und die Eigenart von Großdingharting zu erhalten.

2.6 Stellungnahme des Wasserwirtschaftsamtes, Schreiben vom 04.03.2020

Sachverhalt:

Das Plangebiet liegt in keinem Wasserschutzgebiet und in keinem Überschwemmungsgebiet. Aus wasserwirtschaftlicher Sicht soll der Bebauungsplan um Hinweise zum Bodenschutz, hier zum Erhalt des Mutterbodens, zur Versiegelung, hier zu möglichst geringer Flächenversiegelung und mit Hinweisen zu Starkregenereignissen, insbesondere zur Festsetzung von Erdgeschosshöhen, ergänzt werden.

Abwägung des Gemeinderats:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die vorgeschlagenen Ergänzungen zu den Punkten Bodenschutz (2.1), Versiegelung (2.2) und Starkregenereignisse (2.3) werden als Hinweise in den Bebauungsplan aufgenommen.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat nimmt die Hinweise zur Kenntnis. Die vorgeschlagenen Ergänzungen zu den Punkten Bodenschutz (2.1), Versiegelung (2.2) und Starkregenereignisse (2.3) werden als Hinweise in den Bebauungsplan aufgenommen.

3. Einwände von Bürgern

Im Rahmen der frühzeitigen Bürgerbeteiligung wurden folgende Anregungen und Bedenken vorgetragen.

Stellungnahme Familie Dorbarth, Schreiben vom 18.02.2020

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 18.02.2020 wird eine Neubewertung des Entwurfs für die Bebauung des Talfelds gefordert. Insbesondere sollte einer Nachverdichtung vorhandener Bauflächen der Vorzug gegeben werden. Begründungen des Widerspruchs gegen den Bebauungsplan:

- Bodenverdichtung nährhaften Ackerlandes
- Zerstörung wichtiger Lebensgrundlagen verschiedener Tiere und Insekten
- Zerstörung des historischen Dorfbildes durch zu dichte Bebauung
- Wertverlust anrainender Grundstücke durch Lageveränderung / Verdichtung
- Unterlassung der Prüfung alternativer Grundstücke in Gemeindebesitz, sowie Prüfung der Möglichkeit auf Nachverdichtung von Bestandsobjekten
- Ablehnung / Widerspruch der anrainenden Bürger

Abwägung des Gemeinderats:

Die Gemeinde Straßlach-Dingharting hat bei der Standortwahl die Belange von Natur und Landschaft gewürdigt, indem sich die geplante Bebauung auf Bereiche, welche von geringer Bedeutung für Natur und Landschaft sind, konzentriert und durch grünordnerische Maßnahmen neuer Lebensraum für Pflanzen und Tiere geschaffen wird. Der Belang des Erhaltens von landwirtschaftlichen Nutzflächen wurde gegen den Belang, Wohnraum bereitzustellen, abgewogen. Aufgrund des hohen Wohnraumbedarfs entschied sich die Gemeinde auch unter Berücksichtigung der Ergebnisse eines Ortsentwicklungskonzeptes, welches unter einer intensiven Bürgerbeteiligung stattfand, Bauland im unmittelbaren Anschluss an bestehende Bauflächen im Norden von Großdingharting bereitzustellen.

Eine Zerstörung des historischen Dorfbildes durch zu dichte Bebauung wird aufgrund der beabsichtigten maßvollen Dichte, welche über eine festgesetzte Grundflächenzahl im Bebauungsplan verankert wird, vermieden.

Der unterstellte Wertverlust anrainender Grundstücke durch Lageveränderung/Verdichtung ist kein Aspekt, welcher im Rahmen einer städtebaulichen Planung zu berücksichtigen wäre. Der Anschluss einer neuen Bebauung an eine bestehende Bebauung dient dem sparsamen Umgang mit Grund und Boden.

Dass bei der Bereitstellung von Wohnraum, die Innenentwicklung Vorrang vor der Inanspruchnahme von Außenbereichsflächen hat, ist der Gemeinde bewusst, jedoch stehen im Gemeindebereich Großdingharting keine alternativen Flächen zur Umsetzung des angestrebten Konzeptes zur Verfügung.

In Bezug auf den Artenschutz ist davon auszugehen, dass von der Ausweisung als Wohngebiet voraussichtlich keine artenschutzrechtlichen Belange berührt sind. Weder sind im Plangebiet Siedlungsgehölze und Bestandsgebäude, welche von heimischen, häufig vorkommenden Vogelarten (z. B. Amsel, Buchfink, Kohlmeise, Star) als Nist-, Brut-, Wohn- und Zufluchtsstätte genutzt werden oder den Fledermäusen als Tagesverstecke dienen könnten, vorhanden, noch kommt dem Plangebiet floristisch eine artenschutzrechtliche Bedeutung zu.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat nimmt die Einwände zur Kenntnis:

Die Gemeinde Straßlach-Dingharting hat bei der Standortwahl die Belange von Natur und Landschaft gewürdigt, indem sich die geplante Bebauung auf Bereiche, welche von geringer Bedeutung für Natur und Landschaft sind, konzentriert und durch grünordnerische Maßnahmen neuer Lebensraum für Pflanzen und Tiere geschaffen wird. Der Belang des Erhaltens von landwirtschaftlichen Nutzflächen wurde gegen den Belang, Wohnraum bereitzustellen, abgewogen. Aufgrund des hohen Wohnraumbedarfs entschied sich die Gemeinde auch unter Berücksichtigung der Ergebnisse eines Ortsentwicklungskonzeptes, welches unter einer intensiven Bürgerbeteiligung stattfand, Bauland im unmittelbaren Anschluss an bestehende Bauflächen im Norden von Großdingharting bereitzustellen.

Eine Zerstörung des historischen Dorfbildes durch zu dichte Bebauung wird aufgrund der beabsichtigten maßvollen Dichte, welche über eine festgesetzte Grundflächenzahl im Bebauungsplan verankert wird, vermieden.

Der unterstellte Wertverlust anrainender Grundstücke durch Lageveränderung/Verdichtung ist kein Aspekt, welcher im Rahmen einer städtebaulichen Planung zu berücksichtigen wäre. Der Anschluss einer neuen Bebauung an eine bestehende Bebauung dient dem sparsamen Umgang mit Grund und Boden.

Dass bei der Bereitstellung von Wohnraum die Innenentwicklung Vorrang vor der Inanspruchnahme von Außenbereichsflächen hat, ist der Gemeinde bewusst, jedoch stehen im Gemeindebereich Großdingharting keine alternativen Flächen zur Umsetzung des angestrebten Konzeptes zur Verfügung.

In Bezug auf den Artenschutz ist davon auszugehen, dass von der Ausweisung als Wohngebiet voraussichtlich keine artenschutzrechtlichen Belange berührt sind. Weder sind im Plangebiet Siedlungsgehölze und Bestandsgebäude, welche von heimischen, häufig vorkommenden Vogelarten (z. B. Amsel, Buchfink, Kohlmeise, Star) als Nist-, Brut-, Wohn- und Zufluchtsstätte genutzt werden oder den Fledermäusen als Tagesverstecke dienen könnten, vorhanden, noch kommt dem Plangebiet floristisch eine artenschutzrechtliche Bedeutung zu.

Es stand folgende Frage zur Abstimmung:

4. Billigung des Entwurfs des Bebauungsplans „Talfeld-Nord“ mit Begründung

Beschlussvorschlag:

Der Bebauungsplan „Talfeld-Nord“ mit Begründung in der Fassung vom 19.12.2020, geändert am 07.08.2020, wird mit den vorstehenden Änderungen gebilligt.

Es stand folgende Frage zur Abstimmung:

5. Öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB

Beschlussvorschlag:

Im Verfahren zum Bebauungsplan „Talfeld-Nord“ ist die öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB durchzuführen. Gleichzeitig sind die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen und um Abgabe einer Stellungnahme zu bitten.

Anwesend: 14 Stimmen für ja: 14 Stimmen für nein: 0

7. Baustoff Holz, Beschaffung ausschließlich aus der Umgebung - Antrag GR-Hüttenkofer, GR-Schlickenrieder, GR-Seth

Der Tagesordnungspunkt ist entfallen. Der Antragsteller GR-Schlickenrieder hat diesen Antrag zurückgezogen.

8. Einbau einer Koaleszenzabscheideranlage, Neuerrichtung eines Waschplatzes und Erneuerung des Bodens in der Fahrzeughalle der Feuerwehr Großdingharting

Beschluss:

Es stand folgende Frage zur Abstimmung:

Die Zusatzarbeiten für die Erneuerung der Hauptstromleitung und Fundamente der der Abdichtung der Bodenfläche und Estricharbeiten, die Isolierung der Schmutzwasserleitung und Kosten für Unvorhergesehenes in Höhe von insgesamt 25.000,00 € können beauftragt werden. Die Mehrausgaben auf der Haushaltsstelle 1301.9400 werden durch eine höhere Entnahme aus der Rücklage gedeckt. Voraussetzung ist, dass der Standort des Waschplatzes erneut überprüft wird.

Anwesend: 14 Stimmen für ja: 14 Stimmen für nein: 0

9. Verkehrsrechtliche Anordnung: Stop-Schild an der Kreuzung Urbanweg Ecke Gleißentalstraße und Kreuzung Deisenhofner Straße Ecke Gleißentalstraße in Großdingharting

Beschluss:

Es stand folgende Frage zur Abstimmung:

Die Anordnung vom 16.01.2015 zum Anbringen des Verkehrszeichen 205 (Vorfahrtgewähren) wird aufgehoben.
Zugleich wird für den Kreuzungsbereich Urbanweg/Gleißentalstraße/Deisenhofner Str. mit Wirkung vom 01.10.2020 folgende verkehrsrechtliche Anordnung getroffen:

1. An der Kreuzung Urbanstraße/Gleißentalstraße wird in der Urbanstraße das Zeichen 206, „Halt. Vorfahrt gewähren.“ angebracht. Auf der Urbanstraße im Kreuzungsbereich zur Gleißentalstraße wird eine Haltelinie (Zeichen 294) aufgezeichnet.
2. An der Kreuzung Deisenhofner Straße/Gleißentalstraße wird das Zeichen 206, „Halt. Vorfahrt gewähren.“ angebracht. Auf der Deisenhofner Straße im Kreuzungsbereich zur Gleißentalstraße wird eine Haltelinie (Zeichen 294) aufgezeichnet.

Begründung zu Urbanweg:

Die Errichtung des Zeichens 206 anstelle des Zeichens 205 (Vorfahrt gewähren) dient der Gefahrenabwehr. Die verkehrsrechtliche Anordnung ist geeignet, Unfälle künftig zu vermeiden, die aufgrund der bisherigen Beschilderung bisher vorgefallen sind. Sie ist aufgrund der zu erwartenden erheblichen Schäden für Leib und Leben der Verkehrsteilnehmer erforderlich. Aufgrund der schlechten Schichtverhältnisse in den Einmündungsbereichen ist sie sogar zwingend erforderlich (VwV-StVO zu Zeichen 206 Ziffer I Nr. 1, Rn. 1). Die Maßnahme ist angemessen.
Infolge der Verkehrsanalyse ist kein milderes Mittel erkennbar. Die gleichen Erwägungen gelten für die Haltelinie im Urbanweg.

Begründung zu Deisenhofner Straße:

Die Errichtung des Zeichens 206 („Halt. Vorfahrt gewähren.“) anstelle des Zeichens 205 („Vorfahrt gewähren“) dient der Gefahrenabwehr. Die verkehrsrechtliche Anordnung ist geeignet, um zukünftige Kollisionen von Verkehrsteilnehmern zu vermeiden, die aufgrund der bisherigen Beschilderung entstanden sind. Die Änderung der Beschilderung ist erforderlich, da für die Verkehrsteilnehmer erhebliche Schäden für Leib und Leben zu erwarten sind. Die Maßnahme ist angemessen. Durch die Auswertung der Verkehrsdaten ist kein milderes Mittel erkennbar.
Die gleichen Erwägungen gelten für die Haltelinie in der Deisenhofner Straße.

Anwesend: 14 Stimmen für ja: 14 Stimmen für nein: 0

10. Mieterlass für ortsansässige Vereine - Antrag GR-Prof. Dr. Lang, GR-Dr. Schwarz, GR-Stoßberger, GR-Zweckinger

Beschluss:

Es stand folgende Frage zur Abstimmung:

Die Gemeinde gewährt ortsansässigen Vereinen, rückwirken ab Juli 2020 bis Juli 2021, auf Antrag der jeweiligen Vereine, einen Zuschuss für die Miete des Bürgerhauses, wenn diese dort Ihre Jahreshauptversammlungen abhalten.

Anwesend: 14 Stimmen für ja: 10 Stimmen für nein: 4

11. Kündigung Darlehenvertrag-Bürgerhaus von Seiten der ISD

Beschluss:

Es stand folgende Fragen zur Abstimmung:

Der Gemeinderat bewilligt die beschlossene Kündigung des Verwaltungsrates vom 22. Juli 2020. Die Mittel sind der allgemeinen Rücklage zuzuführen.

Anwesend: 14 Stimmen für ja: 14 Stimmen für nein: 0

12. Bekanntgaben des Vorsitzenden

Bekanntgaben:

Erneute Beauftragung durch das Landratsamt für die Kontaktnachverfolgung von Corona-positiv-getesteten Personen seit dem 21.09.2020.
Die Teststation wird weiter betrieben.

Baumaßnahmen:

Beginn der Baumaßnahmen am Straßlacher Weiher
Föhrenstraße – Straßenbau
Beim Pfleger – Straßenbau

Umfrage in Holzhausen und Ebertshausen – BibergerBürgerBus (BBB) – eine Rückmeldung

Umfrage wegen Wohnungsbedarf – 20 Rückmeldungen.
Überwiegend liegt der Bedarf bei 55 qm² und 65 qm² Wohnungen.

Termine:

07. Oktober	Hauptausschusssitzung
13. Oktober	Infoabend für betroffene Bürger – Erweiterungsbau Kindergarten
14. Oktober	Bauausschusssitzung
21. Oktober	Gemeinderatsitzung
03. Dezember	Bürgerversammlung

13. Anfragen von Gemeinderatsmitgliedern

Anfragen wurden gestellt. Sofern diese nicht bereits in der Sitzung beantwortet worden sind, holt die Verwaltung die Beantwortung nach.

Der Vorsitzende schloss die öffentliche Sitzung um 22:08 Uhr.

Nach Beendigung der öffentlichen Sitzung bestand für die Bürger die Gelegenheit, Anfragen an die Verwaltung zu richten.

Vorsitzender
Hans Sienerth
1. Bürgermeister

Protokollführer
Silvia Glas